

Außenpolitik und Öffentlichkeit seit dem 19. Jahrhundert

Veranstalter: Peter Hoeres, Zentrum für Medien und Interaktivität (ZMI), Justus-Liebig-Universität Gießen; Frank Bösch, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF)

Datum, Ort: 02.02.2012–04.02.2012, Gießen

Bericht von: Eva Maria Gajek, Historisches Institut, Justus-Liebig-Universität Gießen

Außenpolitische Entscheidungen entstehen nicht nur in internen Aushandlungsprozessen. Vielmehr reagiert und interagiert, so die Grundannahme dieser Tagung, auch die Außenpolitik mit der Öffentlichkeit. In welchem Maße und auf welche Weise dies seit dem 19. Jahrhundert geschah, bildeten die Leitfragen dieser Konferenz, die vom Zentrum für Medien und Interaktivität (ZMI) der Justus-Liebig-Universität Gießen und dem Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF) unter Federführung von Frank Bösch (Potsdam) und Peter Hoeres (Gießen) veranstaltet wurde. Bisherige Befunde zur Internationalen Geschichte sollten unter dieser Perspektive neu diskutiert werden.

Die Tagung setzte sich somit zum Ziel, den Dialog zwischen Diplomatie-, Kultur- und Mediengeschichte zu fördern und damit ein klassisches Forschungsfeld der Geschichtswissenschaft quellengestützt und methodisch reflektiert neu zu erschließen. Um die Interaktion zwischen der Außenpolitik und Öffentlichkeit zu zeigen, standen zwei Perspektiven im Mittelpunkt: Wie hat zum einen die Öffentlichkeit die Außenpolitik beobachtet und auf welche Weise strukturierten Medien diese Perception? Wie haben zum anderen die politischen Akteure versucht, die öffentliche Meinung zu beeinflussen und wie inszenierten sie sich? Damit knüpfte die Tagung nicht nur an aktuelle Debatten um die Veröffentlichungen von Staatsgeheimnissen durch Wikileaks an, sondern auch an die in der internationalen Geschichtswissenschaft schon länger geführten Diskussionen um eine Neubelebung und Erweiterung der Geschichtsschreibung der internationalen Beziehungen.

Im Eröffnungsvortrag lotete PETER HOERES (Gießen) Potenziale und Grenzen der Neuen Politikgeschichte für das Vorhaben der

Tagung aus. Im Anschluss an seine Habilitationsschrift über Außenpolitik und Öffentlichkeit im Kalten Krieg stellte er die Meistererzählung einer fortschreitenden Verdrängung des Arkanen durch die Öffentlichkeit in Frage. Hoeres verwies einerseits auf vormoderne Öffentlichkeiten, die auf die Außenpolitik eingewirkt, ja über sie entschieden hätten, andererseits auf neue Formen von Geheimpolitik im 20. Jahrhundert.

Im Anschluss widmete sich die erste Sektion der Frage, inwieweit die Entstehung der Massenpresse im 19. Jahrhundert eine Neuformierung der Diplomatie erforderte. ANDREAS FAHRMEIR (Frankfurt am Main) behandelte in seinem Vortrag die Konstituierung und den Formwandel von außenpolitischen Akteuren. Er fragte, was den außenpolitischen von dem innenpolitischen Akteur unterscheide, wo die Grenzen der Sphären verlaufen und was die Praktiken und Beschreibungen sind, die Außenpolitik als einen besonderen Bereich markieren. Anhand der Friedensverhandlungen nach dem Ersten Weltkrieg diagnostizierte Fahrmeir die Konstituierung einer „Fachöffentlichkeit“ der Diplomaten, die freilich „nur in Teilen offen“ kommuniziert habe. Dies zeigte die enge Verwobenheit von Öffentlichkeit und Geheimhaltung auf dem Feld der Außenpolitik. ROLF AHMANN (Münster) ging den Relationen von Außenpolitik und öffentlicher Meinung in Großbritannien, vom Krimkrieg zur „Policy of Non-Intervention“ nach. Großbritannien exerzierte den Umgang mit einem durch den Medienumbruch zur Massenpresse erheblich gesteigerten Druck der öffentlichen Meinung auf die Außenpolitik vor. Die öffentliche Meinung wandelte sich in relativ kurzem Abstand, eine bellizistische wurde durch eine pazifistische Stimmung gegenüber Russland abgelöst. Dazu trug auch die moderne russische auswärtige Kulturpolitik mit der an das Ausland adressierten Zeitschrift „Correspondence Russe“ bei. Während die öffentliche Meinung also zunächst auf die Außenpolitik einen kriegstreibenden Einfluss im Vorfeld des Krimkrieges besaß, unterstützte sie zehn Jahre später die Etablierung der „pacific policy of non-intervention“.

Der zweite Teil der Sektion untersuchte das Jahrzehnt vor dem Kriegausbruch

1914. FRIEDRICH KIEßLING (Erlangen) zeigte, dass die Diplomaten einen Widerwillen gegen die Einmischung der Presse kultivierten und keinen sicheren Umgang mit der Medienöffentlichkeit an den Tag legten. In der Marokko-Krise scheiterte jedoch der Versuch einer Kontrolle der Öffentlichkeit. Befürchtungen vor dem Verlust der Deutungskontrolle führten zu einem Rückzug ins Verborgene und zu einer Regulation der Sprache. ANDREAS ROSE (Bonn) akzentuierte anhand der „Navy Scare“ das Belastungspotenzial der Presse in den deutsch-britischen Beziehungen. Die Pressevertreter sahen sich als „diplomats without portfolio“. In seinem Kommentar hob FRANK BÖSCH (Potsdam) das Paradoxon hervor, dass die Medien auf der einen Seite aus Sicht der Diplomaten als unbedeutend galten, ihnen aber auf der anderen Seite eine wichtige Rolle zugestanden wurde. Bösch fragte nach den Wendepunkten in dem Beziehungsgefüge und forderte, die bisherige diplomatiegeschichtliche Sicht um Bewertungen der Interaktionen um die Perspektive der Journalisten zu ergänzen.

Die zweite Sektion rückte die außenpolitischen Bemühungen und die Propaganda während der Weltkriege ins Zentrum. Der Vortrag von SÖNKE NEITZEL (Glasgow) konstatierte die starke Medienwirkung anhand eines Interviews von Tirpitz im Dezember 1914, in dem dieser die Effektivität der kaiserlichen U-Boot-Waffe hervorhob. Das Interview habe Hoffnungen geweckt und eine Debatte entzündet, die schließlich zu der folgenreichen Entscheidung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges führte und damit Anlass für den Kriegseintritt der USA war. Der folgende Vortrag von KARL HEINRICH POHL (Bielefeld) erklärte die Pressepolitik des ehemaligen Journalisten Stresemann für gescheitert. Kaum ein Thema war öffentlich so umkämpft in der Weimarer Republik wie die Außenpolitik. Vor allem das von Hugenberg aufgebaute Presseimperium, so Pohl, richtete sich gegen Stresemanns Locarno-Kurs. BERND SÖSEMANN (Berlin) diskutierte den Begriff der Öffentlichkeit für das Dritte Reich und kam zu dem Schluss, dass auch der Nationalsozialismus eine Öffentlichkeit jenseits der Zensur zulassen musste, was er an zwei Beispielen verdeutlichte: Während der

Tschechoslowakei-Krise und nach den Blitzkriegen vermochte die Öffentlichkeit durchaus, auf die Außenpolitik Einfluss zu nehmen. In seinem Kommentar verwies BERND WEGNER (Hamburg) darauf, dass die Zwischenkriegszeit eine Epoche „sui generis“ sei, in der Außenpolitik weniger als zuvor eine eigene Sphäre darstellte. Während Außenpolitik hier vor allem in der Bewältigung der Kriegsfolgen bestanden habe, diene sie im Nationalsozialismus der Kriegsvorbereitung. Wegner konstatierte einen Bedeutungsverlust der Außenpolitik und stellte eine Professionalisierung der Propaganda fest, die im Zweiten Weltkrieg dann zum Politikersatz wurde. Die Öffentlichkeit war seit der Zwischenkriegszeit ein Mobilitätsraum, der genutzt wurde, um eigene Ziele durchzusetzen. Wegner stellte jedoch in Frage, ob die Öffentlichkeit tatsächlich die Entscheidungen in der Außenpolitik dadurch beeinflusste.

Die folgende Sektion richtete den Blick auf die deutsch-deutsche und die globale Öffentlichkeit in der Außenpolitik. HERMANN WENTKER (Berlin/Leipzig) stellte die Frage, ob man für ein diktatorisches Regime wie die DDR von Öffentlichkeit sprechen kann. Wentker beleuchtete die erfolglosen Bemühungen des ostdeutschen Regimes, mithilfe der internationalen öffentlichen Meinung, eine äußere Anerkennung zu erlangen und das eigene Image aufzupolieren. Von einem Scheitern der Beeinflussung der Presse berichtete auch JÜRGEN DINKEL (Gießen) in seinem Vortrag zum Nachrichtenpool der blockfreien Staaten. Mit der dritten Welle der Dekolonialisierung nach dem Zweiten Weltkrieg sei es zu einer tiefgreifenden Transformation der Weltordnung gekommen, jedoch nicht zu einem Wandel in der internationalen Medienpolitik. Den Grund sah Dinkel vor allem darin, dass die bündnisfreien Staaten es nicht verstanden hätten, sich auf Medienlogiken einzulassen und die Gründung des Nachrichtenpools vordergründig als politisches Projekt verstanden. Ähnlich wie die DDR waren sie jedoch zunächst bemüht, durch die Medien außenpolitische Interessen zu kommunizieren und international sichtbar zu werden. MADELEINE HERREN-OESCH (Heidelberg) hob in ihrem Kommentar die Vergleichbarkeit der beiden Beispiele hervor. Sowohl die DDR als auch

die Blockfreien Staaten seien „Outsider“ gewesen, die versuchten, in globale Öffentlichkeiten hineinzukommen. Das Politiksystem beider Staaten versuchte, das Mediensystem zu steuern. Herren-Oesch regte an, nach Formen der Visualisierung, nach der Rolle von Kommunikationstechnologien und nach den strukturellen Vorgaben von Informationsflüssen zu fragen.

Die Sektion „Ost-West Dialoge und die Öffentlichkeit“ eröffnete ARIANE LEENDERTZ (München) mit ihrem Vortrag zu Neuverortungen im transatlantischen Verhältnis in den 1970er Jahren. Sie zeigte, dass sowohl die Politik, die Wissenschaft als auch die Medien aktive Mitgestalter von Wahrnehmungsmustern über die USA waren. Die „crisis of confidence“ und der Wandel im amerikanischen Selbstbild, so Leendertz, führte zu einer Neuorientierung der amerikanischen Außenpolitik mit Blick auf Europa. In seinem Kommentar unterstrich DIRK VAN LAAK (Gießen), dass deutlich mehr Mitspieler nach dem Zweiten Weltkrieg das Konzert der Mächte erweiterten und sich deshalb für die bisherigen außenpolitischen Spieler neue Herausforderungen boten. Gleichzeitig rief das durch den Vietnamkrieg, die Watergate-Affäre, die Wirtschafts- und Präsidentschaftskrise in Leidenschaft gezogene Selbstbewusstsein der USA neue Ansprüche und Anforderungen im eigenen Land und in der Weltöffentlichkeit hervor, die Bilder des Vertrauens benötigten. Van Laak forderte, sich die Frage zu stellen, wie zentral die europäischen Bedürfnisse in der amerikanischen Außenpolitik wahrgenommen und bedacht wurden. Gerade die emotionale Komponente sei hier mitzudenken.

Auch in der nächsten Sektion zur Rüstungsdiplomatie und Öffentlichkeit blieben die USA ein wichtiger Bezugspunkt. Peter Hoeres beschäftigte sich mit den Atomwaffen und der Öffentlichkeit in den 1960er Jahren. Er dementierte die in der bisherigen Forschung eingenommene Position, dass die öffentliche Meinung in der Atomdebatte der 1960er-Jahre eine eher marginale Rolle gespielt habe. Hoeres zeigte, wie gerade die Journalisten als Stichwortgeber historischer Erinnerungstopoi in der Auseinandersetzung um den Nichtverbreitungsvertrag fungierten.

Die Außenpolitiker konnten an der Öffentlichkeit vorbei keine Verträge abschließen. Gleichzeitig, so Hoeres, existierte aber weiterhin die Kategorie des Geheimnisses, in den akarnen Absprachen der Supermächte und in den Spekulationen, welche in der Öffentlichkeit darüber angestellt wurden. In seinem Vortrag zu dem NATO-Doppelbeschluss und der Friedensbewegung zeigte TIM GEIGER (Berlin) wie aus der zunächst heterogenen Friedensbewegung eine der stärksten außerparlamentarischen Oppositionen erwuchs. Geiger wies nach, dass die Bewegung zunächst bei der Neutronenbombenkontroverse und der Genese des Nato-Doppelbeschlusses noch kein Faktor war, den die Bundesregierung in ihre Politik einkalkulierte. Erst Ende des Jahres 1980 begann das Auswärtige Amt Analysen über die Friedensbewegung anzufertigen und verstärkte ihre Öffentlichkeitsarbeit. Eine transparente und verständliche Kampagne vermochte es aber nicht die Proteste auf der Straße zu bannen und das Angst-Gefühl der Bewegung zu zerstreuen. Geiger betonte in diesem Kontext die Rolle der Gegenexperten, die zu einem Glaubwürdigkeitsverlust der Regierung führten. JOST DÜLFER (Köln) hob in seinem Kommentar die Bedeutung von Bildern und Emotionen in den Auseinandersetzungen um die Atomwaffen hervor.

Ein letztes Panel rückte das Verhältnis von Außenpolitik und der Öffentlichkeit in der Gegenwart in den Mittelpunkt des Interesses. MANFRED GÖRTEMAKER (Potsdam) konstatierte eine nicht nur quantitative Veränderung des „Hauptstadtjournalismus“ nach dem Umzug der Bundesregierung. Berlin, so Görtemaker, besäße eine hauptstädtische Kommunikationskultur, in der der Faktor Zeit eine enorme Rolle spiele und zur Beschleunigung der Medienberichterstattung führe. Unter Hinzuziehung von Meinungsumfragen zeigte Görtemaker an der Europa-, Militär- und Antiterrorpolitik der Bundesregierung einen erweiterten Aktionsradius der deutschen Außenpolitik auf. HENRIKE VIEHRIG (Bonn) beschäftigte im Hinblick auf das Wechselverhältnis von Öffentlichkeit und Demoskopie eher kritisch mit dem sogenannten „CNN-Effekt“. Anstelle direkter Medienwirkungen machte sie die Kategorie der Salienz

stark. ECKART CONZE (Marburg) regte an, nach Prozessen auf nicht nationalstaatlicher Ebene zu fragen. Zudem warnte er davor, verkürzten Zuschreibungen von medialen Einflüssen zu folgen, sondern eher nach Interdependenzen zu fragen und dabei diachrone und synchrone Vergleiche anzustellen.

Frank Bösch (Potsdam) wandte sich in seinem Fazit gegen einen reduktionistischen Begriff der Öffentlichkeit. Die Entcounter-, Medien- und Versammlungsöffentlichkeit sollten in ihrer Verschränkung betrachtet werden. Viele Beispiele hätten gezeigt, dass von Beginn an die Diplomaten mit Medien interagierten. Die Besonderheit der Außenpolitik bestehe vor allem darin, arkan und gleichzeitig öffentlich sichtbar zu handeln. Ebenso habe die Tagung gezeigt, wie zentral jenseits der Öffentlichkeits- und Politikstrukturen persönliche Stile im Umgang mit den Medien seien. Der Zeitfaktor sei eine weitere Komponente, die nicht erst mit dem „CNN-Effekt“ Einzug in die Politik erhalten habe, sondern bereits bei der Telegraphie festzustellen sei. Die Vorträge hätten verdeutlicht, dass die Diplomaten die Medien als Störung wahrnahmen, sie aber in ihrem Handeln stets einkalkulierten. Aufschlussreich wäre es, so Bösch, auch die Semantiken und das Sprechen über Außenpolitik einzubeziehen. Das Denken in Orten, das Bilden von Leitbegriffen und diskursiven Mustern wären Untersuchungspunkte. Bösch regte zudem an, stärker das mitunter vertraute Verhältnis von Journalisten und Diplomaten zu untersuchen, was in den Vorträgen vor allem für die frühe Zeit auch bereits gemacht wurde. Ein Tagungsband ist in Arbeit und soll im nächsten Jahr erscheinen.

Konferenzübersicht:

Frank Bösch (Potsdam): Begrüßung

Peter Hoeres (Gießen): Außenpolitik und Öffentlichkeit: Zugänge und Perspektiven

Neuformierung der Diplomatie im Zeitalter der Massenpresse?

Andreas Fahrmeir (Frankfurt am Main): Die Konstituierung außenpolitischer Akteure Öffentlichkeit, Experten, Probleme 1880-1930

Rolf Ahmann (Münster): Relationen von Au-

ßenpolitik und Öffentlicher Meinung in Großbritannien - vom Krimkrieg zur „Policy of Non-Intervention“, 1854-1866

Dominik Geppert (Bonn): Kommentar

Friedrich Kießling (Erlangen): Das Paradox der Geheimdiplomatie. Offizielle Außenpolitik und Öffentlichkeit vor 1914

Andreas Rose (Bonn): Pressepolitik und Klüngelei. Die öffentlichen Beziehungen zwischen Deutschland und England vor 1914

Frank Bösch (Potsdam): Kommentar

Außenpolitik und Propaganda in der Epoche der Weltkriege

Sönke Neitzel (Glasgow): Propaganda, Zensur und Medien im Ersten Weltkrieg

Karl Heinrich Pohl (Kiel): Die Öffentlichkeit und Stresemanns Außenpolitik

Bernd Sösemann (Berlin): Propaganda, Medien und Außenpolitik im Nationalsozialismus

Bernd Wegner (Hamburg): Kommentar

Deutsch-Deutsche und globale Öffentlichkeit in der Außenpolitik

Hermann Wentker (Berlin/Leipzig): DDR-Außenpolitik und die deutsch-deutsche Öffentlichkeit

Jürgen Dinkel (Gießen): Dekolonisierung und die Weltnachrichtenordnung. Der Nachrichtenpool bündnisfreier Staaten (1975-1989)

Jost Dülffer (Köln): Kommentar

Ost-West-Dialoge und die Öffentlichkeit

Ariane Leendertz (München): Neuverortungen: Die USA und das amerikanisch-europäische Verhältnis in den 1970er-Jahren.

Dirk van Laak (Gießen): Kommentar

Rüstungsdiplomatie und Öffentlichkeit

Peter Hoeres (Gießen): Öffentlichkeit und Atomwaffen in den 1960er-Jahren

Tim Geiger (Berlin): „Vergeblicher Protest? NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung“

Madeleine Herren-Oesch (Heidelberg): Kommentar

Wiedervereinigung und Gegenwart

Manfred Görtemaker (Potsdam): Außenpolitik und Öffentlichkeit in der Berliner Republik

Henrike Viehrig (Köln): Medieneinfluss und Krisenintervention nach dem CNN-Effekt

Frank Bösch (Potsdam): Fazit und Schlussdiskussion

Tagungsbericht *Außenpolitik und Öffentlichkeit seit dem 19. Jahrhundert*. 02.02.2012–04.02.2012, Gießen, in: H-Soz-u-Kult 22.03.2012.